



## 2. WELTKONGRESS

Vancouver, 21. – 25. Juni 2010

---

### ENTSCHLIESSUNG

#### EIN MENSCHENWÜRDIGES LEBEN FÜR JUGENDLICHE ARBEITNEHMERINNEN UND ARBEITNEHMER

1. Der Kongress bekräftigt die Notwendigkeit, die Achtung der grundlegenden Rechte jugendlicher Beschäftigter sicherzustellen. Die Ausbildung, Beschäftigung und das allgemeine Wohlergehen jugendlicher Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen im Mittelpunkt der Gewerkschaftspolitik stehen, um den negativen Auswirkungen der globalen Wirtschaftskrise entgegenzuwirken. Junge Frauen und Männer sind nicht nur die Zukunft, sondern auch die Gegenwart der Gewerkschaftsbewegung und der Gesellschaft allgemein. Ohne eine engagierte und gut ausgebildete Jugend wird eine neue, nachhaltige und faire Globalisierung, bei der die Menschen, deren Arbeitsplätze und ein menschenwürdiger Lebensunterhalt im Vordergrund stehen, nicht realisierbar sein.

2. Junge Menschen gehören zu denjenigen, die am meisten unter der globalen Krise zu leiden haben, durch die die Hindernisse für ihren Zugang zu menschenwürdiger Arbeit noch vergrößert wurden. Wenn keine tragfähigen und umgehenden Lösungen gefunden werden, sind die persönlichen Entwicklungs- und Beschäftigungsaussichten Millionen Jugendlicher gefährdet, und es besteht die Gefahr einer verlorenen Generation. Jugendliche, vor allem junge Frauen, werden nahezu dreimal häufiger arbeitslos als ältere Beschäftigte und machen annähernd 40 Prozent aller Arbeitslosen weltweit aus. Zwischen 1997 und 2007 hat sich die Zahl arbeitsloser Jugendlicher von 63 Millionen auf 71 Millionen erhöht, und gegenwärtig ist ein weiterer drastischer Anstieg zu verzeichnen. Jugendliche Beschäftigte werden nicht nur häufiger arbeitslos als Erwachsene, sondern sie gehen auch häufiger einer prekären, informellen und befristeten Beschäftigung nach, mit geringeren Löhnen und weniger sozialer Sicherheit, wobei ihre schulischen Leistungen gewöhnlich nicht anerkannt werden. Darüber hinaus werden sie häufig unterschiedlich behandelt, was zu einer Diskrepanz zwischen den Arbeitsbedingungen Jugendlicher und ihrer älteren Kolleginnen und Kollegen führt.

3. Der Kongress unterstreicht, dass das Fehlen menschenwürdiger Arbeitsmöglichkeiten am Anfang des Erwerbslebens die Beschäftigungs- und Lebensperspektiven dauerhaft beeinträchtigen kann und dass die Position jugendlicher Beschäftigter in Entwicklungsländern besonders kritisch ist. Selbst in Zeiten nachhaltigen Wirtschaftswachstums ist es den meisten Ländern nicht gelungen, genügend menschenwürdige und produktive Arbeitsplätze für junge Menschen zu schaffen, und es ist offensichtlich, dass die Krise langfristige Folgen für sie haben wird. Für Millionen von ihnen ist der Ausschluss von einer Ausbildung, von grundlegenden sozialen Diensten und vom Arbeitsleben harte Realität, was zu sozialer Marginalisierung und Armut sowie zu einer größeren Schutzlosigkeit gegenüber informellen Tätigkeiten führt. Ihre

Situation ist der brutalste Ausdruck des durch die Krise entstandenen sozialen Dramas.

4. Der Kongress unterstreicht die Notwendigkeit einer zielgerichteten und integrierten Politik und Priorisierung der Jugend, um den extremsten sozialen Folgen der Krise entgegenzuwirken. Jugendliche brauchen Erfahrungen und Schulung, haben jedoch erheblich unter dem Fehlen neuer Arbeitsmöglichkeiten und dem Druck auf öffentliche Beschäftigungs- und Schulungsmöglichkeiten sowie auf den sozialen Schutz infolge der sich verschlechternden Staatsfinanzen zu leiden. Es muss umgehend gehandelt werden, um diesen Teufelskreis der Jugendarmut und -arbeitslosigkeit zu durchbrechen. Es ist notwendig, öffentliche Arbeits- und Beschäftigungssysteme zu stärken und auf nationaler Ebene eine Agenda für menschenwürdige Arbeit für Jugendliche als wirksames Instrument zur Bekämpfung des großen Defizits an menschenwürdiger Arbeit für Jugendliche zu konzipieren. Der Kongress befürwortet nachdrücklich einen gleichberechtigten Zugang zu einer angemessenen Ausbildung, um bessere Ergebnisse auf dem Arbeitsmarkt zu erzielen und für eine verstärkte Geschlechterparität unter Jugendlichen zu sorgen. Ferner bedarf es einer aktiven Arbeitsmarktpolitik, um die Beschäftigungsaussichten Jugendlicher und den Übergang von der Schule ins Arbeitsleben zu verbessern, inklusive Maßnahmen zur Erhöhung des Haushaltseinkommens, zur Schaffung von Arbeitsplätzen, zur Verbesserung der Qualität der Beschäftigung, zur Stärkung des Tarifprozesses, zur Verbesserung des sozialen Schutzes und zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung. Der Kongress fordert die Gewerkschaften auf, ihre Sensibilisierungsaktivitäten auszuweiten, um für eine Regierungspolitik zu sorgen, die deutlich auf berufliche Bildungsmaßnahmen ausgerichtet ist – eine Vorbedingung für die Emanzipation Jugendlicher. Er ruft das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen und die Weltbank auf, der Berufsbildung für jugendliche Beschäftigte Priorität einzuräumen und Projekte mit Berufsbildungselementen zu finanzieren.

5. Der Kongress ist sich bewusst, dass junge Menschen von entscheidender Bedeutung für die Zukunft der Gewerkschaftsbewegung und die Stärke, Effizienz und Legitimität der Gewerkschaften sind. Jugendliche lehnen Gewerkschaften nicht ab und identifizieren sich häufig sogar sehr mit deren Prinzipien und Werten. Allzu oft stoßen sie jedoch auf Schwierigkeiten, wenn es darum geht, ihren Platz innerhalb der Gewerkschaftsstrukturen und -aktivitäten zu finden. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die Gewerkschaften mit ihrer Politik und mit ihren Aktivitäten besser auf die Bedürfnisse und Erwartungen jugendlicher Beschäftigter eingehen, ihnen das Gefühl geben, willkommen zu sein, und Hindernisse für ihre uneingeschränkte Mitwirkung beseitigen sowie den ersten Schritt tun, um auf Jugendliche zuzugehen und sie dort zu erreichen, wo sie sich aufhalten.

6. Die Jugendlichen, die heute ins Arbeitsleben eintreten, sind die erste Internet-Generation. Die Weiterentwicklung der Informationstechnologien und die Einführung von Kommunikationsinstrumenten in den letzten 20 Jahren haben das Leben und die Einstellungen Jugendlicher erheblich beeinflusst. Obwohl viele jugendliche Beschäftigte in Entwicklungsländern keinen Zugang zu modernen Technologien haben, ergeben sich dadurch zahlreiche Chancen für die internationale Gewerkschaftsarbeit, und der Kongress fordert den IGB auf, das kreative Potenzial Jugendlicher in diesem Bereich umfassend zu nutzen.

7. Der Kongress befürwortet Bildungsprogramme für alle und Alphabetisierungsprogramme für Jugendliche, insbesondere für Mädchen, die weltweit am meisten von Analphabetismus betroffen sind.

8. Der Kongress würdigt und begrüßt die Rolle des IGB-Jugendausschusses bei der Initiierung und Entwicklung politischer Strategien und Aktivitäten zur Förderung der Identifizierung Jugendlicher mit den Gewerkschaften und ihrer aktiven Beteiligung an internationalen Gewerkschaftskampagnen, Mobilisierung und Kommunikation über ein besonders wertvolles Potenzial.

### **IGB-Aktionsprogramm**

9. Der Kongress weist den IGB und die Regionalorganisationen an, mit den Global-Unions-Partnern und den Mitgliedsorganisationen zusammenzuarbeiten, um:

- (a) sich für die Förderung einer zielgerichteten und integrierten Politik für Jugendliche in allen in dieser Entschließung angesprochenen Bereichen einzusetzen;
- (b) die Aktivitäten des IGB-Jugendausschusses zu unterstützen und die Jugendarbeit der Mitgliedsorganisationen zu fördern;
- (c) zu einer verstärkten Beteiligung Jugendlicher an den Strukturen und Aktivitäten des IGB anzuregen;
- (d) die Mitgliedsorganisationen dazu zu ermutigen, für eine angemessene und spezifische Jugendvertretung in ihren Strukturen zu sorgen und formelle Jugendstrukturen einzurichten, Themen, die Jugendliche betreffen, in ihre politische Agenda aufzunehmen und die Ressourcen für die Jugendarbeit zu erhöhen;
- (e) den Informations- und Erfahrungsaustausch über die Jugendarbeit der Gewerkschaften mittels des IGB-Jugendblogs und anderer Kommunikationstechnologien zu unterstützen und zu fördern;
- (f) die Rolle jugendlicher Beschäftigter in den Gewerkschaften durch internationale Gewerkschaftskampagnen und Mobilisierungsaktionen auf globaler, regionaler, subregionaler und nationaler Ebene zu stärken und zu fördern;
- (g) die Kommunikationslücke zwischen Jugendlichen und Gewerkschaften zu schließen, indem eine Anpassung an neue Kommunikationskanäle erfolgt und neue Medien und andere moderne Technologieanwendungen entwickelt werden, mit denen Jugendliche erreicht werden können, und indem der IGB und seine Mitgliedsorganisationen in einer für Jugendliche attraktiven Weise präsentiert werden, während gleichzeitig die zahlreichen jugendlichen Beschäftigten, die nur begrenzten oder gar keinen Zugang zu modernen Technologien haben, unterstützt werden;
- (h) dafür einzutreten, dass die Gewerkschaften für jugendliche Beschäftigte relevante Themen ansprechen, damit sie sich aktiv engagieren und mit den Zielen der Gewerkschaftsbewegung identifizieren;
- (i) Kampagnen- und Kommunikationsarbeit durchzuführen, um auf die Notwendigkeit, die ernsthafte Lage bezüglich der Arbeitsbedingungen und der Beschäftigung Jugendlicher zu verbessern, aufmerksam zu machen;
- (j) die Kapazitäten der Gewerkschaften auszubauen, um sicherzustellen, dass sich jugendliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Alternativen zu dem gescheiterten gegenwärtigen Modell des Marktfundamentalismus und der Notwendigkeit von Entwicklungsalternativen bewusst sind;
- (k) für eine enge Zusammenarbeit mit den Globalen Gewerkschaftsföderationen zu sorgen;
- (l) Partnerschaften mit in Frage kommenden Schulungseinrichtungen, zwischenstaatlichen Gremien und anderen Institutionen auf allen Ebenen, die sich mit Jugendfragen befassen, fortzusetzen bzw. einzugehen;

- (m) spezielle und zielgerichtete Programme zu entwickeln, um jugendliche Mitglieder zu werben, u.a. durch Bildungsmaterialien, Sport und Kunst;
  - (n) laufende Gewerkschaftskampagnen für den Übergang vom Schulsystem ins Arbeitsleben zu konzipieren, auch durch die Beteiligung der Gewerkschaften an Bildungsaktivitäten in den letzten Schuljahren, in Verbindung mit weiteren Maßnahmen zur Überwachung der Beschäftigungsanfänge, um Jugendlichen uneingeschränkte Rechte bei der Einstellung zu verschaffen und ungerechte Beschäftigungssituationen zu bekämpfen.
- 

Juni 2010